

Honduras: Turbulenzen um Turbinen

12.08.2013 11:55

Bischöfliche Aktion Adveniat veröffentlicht Hintergründe zur Beteiligung der Voith Hydro GmbH

Honduras Turbulenzen um Turbinen

Der Brandbrief von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen aus Österreich und Deutschland spricht eine klare Sprache. In dem Schreiben von Montag, 15. Juli, drücken NGOs wie „Attac“, „Via Campesina“ und „River Watch“ ihre „große Besorgnis über die jüngsten Vorfälle und Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit dem Staudammprojekt ‘Agua Zarca’ im Department Intibucá“ in Honduras aus. Gegen den mehrfach erklärten Willen von Anwohnern - die Lenca-Indigenen betrachten das Flusswasser als heilig, befürchten Vertreibung, Einschränkung von Nutzungsrechten und Umweltschäden - treibe das honduranische Unternehmen „Desarrollos Energéticos S.A.“ (DESA) den Bau des Projekts voran. Gemeinsam mit der chinesischen Firma SINOHYDRO will man am Río Gualcarque im Nordosten des 8-Millionen-Einwohnerlandes jährlich 93 Gigawatt Strom erzeugen. Von einem Damm im Departamento Intibucá wird dafür Wasser des Gebirgsflusses durch ein enges Rohr schießen, um 300 Meter weiter nördlich im Departamento Santa Barbara im Maschinenraum riesige Stromgeneratoren anzutreiben. Geplante Inbetriebnahme ist 2014.

Lebensgefahr in Honduras - Turbinen aus Deutschland

Die Turbinen für das umstrittene Vorhaben sollen aus Deutschland kommen. „Die Firma Voith Hydro GmbH, ein Gemeinschaftsunternehmen von Voith und Siemens, baut und liefert nach unserer Kenntnis für besagtes Projekt drei Turbinen mit jeweils 7,52 MW“, sagen die Verfasser des Schreibens, das die Kriminalisierung und Verfolgung der Staudamm-Gegner in dem Land zwischen Karibik und Pazifik beklagt. Widerstand gegen Wirtschaftsprojekte sind in Honduras nur unter Lebensgefahr möglich. Mehrfach wurden Anwohner-Protestaktionen von Polizei, Militär und privatem Sicherheitspersonal geräumt. Zumal die Männer in Uniform und mit Schusswaffen in Honduras kaum noch auseinanderzuhalten sind, wie das UN-Menschenrechtsbüro jüngst das Wild-West-Verhalten „hunderter privater Sicherheitsfirmen“ an den Pranger stellte. Prominentestes Beispiel fehlender Rechtsstaatlichkeit und Beleg für den Handschlag von Staat, Justiz und Privatwirtschaft ist Bertha Cáceres. Unter fragwürdigen Umständen wurde gegen die Menschenrechtsaktivistin, die 2012 den Friedenspreis der Katholischen Universität Eichstätt erhalten hatte, ein Gerichtsverfahren angeleiert, mangels Beweise aber eingestellt. Mehrfach berichteten Zeitungen von Morddrohungen, Macheten-Angriffen und Nacht-und-Nebel-Hinterhalte auf Staudammgegner.

„Wahrung der Rechte indigener Bevölkerung ist für Voith nicht relevant“?

Zwar ist das Familienunternehmen aus Baden-Württemberg, das 2011/2011 einen Rekordumsatz von 5,7 Milliarden Euro erzielte und weltweit über 46.000 Menschen beschäftigt, in Honduras nur indirekt involviert. Die Beteiligung an einem Projekt aber, das „mit Gewalt gegen den Willen der lokalen Bevölkerung durchgesetzt wird“ führe die ethischen Grundsätze der Maschinenbauer allerdings „ad absurdum“, fordern die Briefeschreiber darum die Annullierung des Liefervertrages. Auch eine öffentliche Stellungnahme zur Kenntnis der Deutschen über die Menschenrechtsverletzungen wird verlangt. Berufen können sich die Beschwerdeführer auf die Unternehmens-Nachhaltigkeitsstrategie. Angelehnt an die Global Reporting Initiative (GRI), einem Nachhaltigkeitsprogramm für Unternehmen in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, wird Transparenz über „Stakeholder-Dialog“ mit Anwohnern, interessierter Öffentlichkeit und NGO versprochen. Neben Menschenrechten müssen laut GRI auch die Interessen indigener Gemeinschaften gewahrt werden. Neuland für Voith? Noch im Nachhaltigkeitsbericht 2012 wurde lapidar vermeldet: „Wahrung der Rechte indigener Bevölkerung ist für Voith nicht relevant, da aus der Geschäftstätigkeit heraus derzeit kein Gefährdungspotenzial besteht.“

Strom nur per Vorkasse

Honduras will seine Energiewirtschaft auf Vordermann bringen. Mit Erneuerbaren Energien wie Wasserkraft soll bald richtig Kasse gemacht werden. Honduras hofft Stromexporteur zu werden. Weil angesichts steigender Energiepreise satte Gewinne winken, stehen ausländische Investoren und Banken in Tegucigalpa Schlange. Für die Bürger des Landes wird die Stromversorgung wohl bald noch mehr vom Geldbeutel abhängen. Künftig soll nur noch per Vorkasse Strom aus der Steckdose kommen. Das geplante „Pre-Paid-System“ sei für den Kunden „sehr praktisch“, kündigt der staatliche Energieversorger ENEE an. Einkommensschwache Familien würden dank Vorauszahlung nicht unangenehm von der Monatsabrechnung „überrascht“, erläutert die offizielle Energiestrategie 2011-2014. Energiearmut bleibt ausgeklammert, und ohne Geld kein Strom. Schon heute zapfen arme Honduraner illegal Stromleitungen an. Doch auch hier wurden die Zügel vorsorglich angezogen. Ende 2011 verabschiedete der Kongress ein Gesetz, dass die strafrechtliche Verfolgung von Stromdiebstahl erleichtert und Sanktionen verschärft.

Autor: Benjamin Beutler

http://www.blickpunkt-lateinamerika.de/hintergrund/msgf/honduras%3A_turbulenzen_um_turbinen.html

Mit freundlicher Genehmigung von Adveniat und dem Autor

[Zurück zur Newsübersicht](#)